

Basisdemokratische Partei Deutschland - Zillestraße 9 - 10585 Berlin

Herrn Bundeskanzler  
Friedrich Merz  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

Berlin, den 17.07.2025

## **Ablehnungsschreiben an WHO wegen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV)**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

am 19.07.2025 endet die Widerspruchsfrist bezüglich der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) der WHO, die Deutschland u. a. die eigene Entscheidung nehmen werden, selbst festzulegen, ob eine pandemische Situation eingetreten ist und wie man darauf reagiert (z. B. durch Empfehlungen der WHO).

Zu keinem Zeitpunkt ist die WHO demokratisch legitimiert worden, derart weitreichende, in unsere Grundrechte eingreifende Maßnahmen für Deutschland festlegen zu dürfen. In der Zusammenschau aller Vertragsinhalte von verpflichtenden Impfungen bis zu Reisebeschränkungen und Überwachungsmaßnahmen sind die IGV durch ihren völkerrechtlich bindenden Charakter eine Gefahr für die Souveränität Deutschlands.

Was sich für uns als Partei bereits ab 2020 deutlich abzeichnete, hat sich im Rückblick für Bürger unseres Landes gezeigt: Die Restriktionen der Corona-Zeit und die damit verbundenen Eingriffe in die Grundrechte durch Einschränkung von Freiheiten und die Unversehrtheit des Körpers hätten nicht erfolgen dürfen. Dies bestätigen z. B. die ungeschwärzten RKI-Protokolle.

Die gravierenden gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der in den Jahren 2020 bis 2023 getroffenen und durchgesetzten Maßnahmen sind bis heute nicht aufgearbeitet. Deshalb kann man einer WHO als eine NGO, die dafür mitverantwortlich war, diese Maßnahmen umzusetzen, die sich nach unserer Überzeugung als grundgesetzwidrig darstellen, zu keinem Zeitpunkt Befugnisse über unsere nationalen gesundheitspolitischen Belange und Entscheidungen einräumen.

Wir fordern Sie deshalb dringend auf, bis zum 19.07.2025 an die WHO ein Ablehnungsschreiben zu übermitteln, damit die Internationalen Gesundheitsvorschriften der WHO für Deutschland nicht verbindlich vereinbart sind.

Herr Bundeskanzler, Sie haben Ihren Amtseid nicht auf die WHO geschworen, sondern Sie haben geschworen, dass Sie das Grundgesetz wahren und Schaden vom deutschen Volk abwenden werden. Gerade deshalb sehen wir Ihre Verpflichtung, für Deutschland das Inkrafttreten der IGV der WHO zu verhindern und das bei der WHO per Widerspruch kundzutun.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Lingreen  
Bundesvorsitzender



Nathalie Sanchez Friedrich  
Bundesvorstand Medien und Kommunikation